

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Landesvorstand (dort beschlossen am: 13.10.2022)

**Titel:** Sicherheit für alle

## Antragstext

1 Es ist Montagnachmittag am 8. August 2022. Ein minderjähriger Jugendlicher sitzt  
2 mit Suizidabsichten im Innenhof seiner Wohngruppe. Nachdem Betreuer\*innen ihn  
3 nicht beruhigen konnten, handelten sie nach ihren Anweisungen: Sie rufen die  
4 Polizei. Die Dortmunder Beamt\*innen kommen zu zwölf, ihre primären Werkzeuge  
5 sind Pfefferspray und Taser, auch die Schusswaffe kommt zum Einsatz, obwohl der  
6 Jugendliche in erster Linie nur sich selbst gefährdet hat. Nach drei Minuten ist  
7 alles vorbei, und ein Jugendlicher wurde von der Polizei erschossen. Die  
8 Ermittlungsarbeiten ergeben, dass wahrscheinlich absolut unverhältnismäßig  
9 gehandelt wurde.

10 Klar ist, dass das kein Einzelfall war. Immer wieder sehen wir, dass gerade  
11 migrantisierte Menschen und Personen in psychischen Ausnahmesituationen von der  
12 Polizei oft keine Hilfe erwarten können. Die Frage nach dem "Warum?" solcher  
13 Taten lässt sich zurückführen auf zwei wesentliche Erkenntnisse, denen dringend  
14 politisch organisatorische Maßnahmen folgen müssen:

15 Wir müssen zum einen erkennen, dass Polizeibeamt\*innen bei psychischen  
16 Ausnahmesituationen und Notlagen nicht die richtigen Ansprechpartner\*innen sein  
17 können. Außerdem müssen wir feststellen, dass die Polizei in NRW ein Problem mit  
18 Rassismus und extrem rechten Tendenzen in den eigenen Reihen hat.

19 Die Landesregierung und das CDU-Innenministerium sind gefordert, die notwendigen  
20 Schritte zur Bekämpfung längst bekannter und bedrohlicher Fehlentwicklungen in  
21 ihrer Behörde jetzt zu gehen, damit sich der Fall Dortmund, genauso wie die  
22 Fälle Recklinghausen, Frankfurt, Köln und viele mehr, nicht wiederholen!

## 23 **Aufklärung statt Aufrüstung**

24 Über Jahre hinweg wurde die Polizei aufgerüstet. Seit Mitte 2018 gehören zwei  
25 Maschinenpistolen mit zur Grundausrüstung eines Funkstreifenwagens. Der Gebrauch  
26 von Tasern wurde sukzessive erweitert, die Auswertung der Testphase findet erst  
27 2024 statt. Befürworter argumentieren, es reiche die Drohung, jene Waffen  
28 einzusetzen, um mehr Sicherheit zu gewährleisten. Das Gegenteil beweist sich  
29 allzu häufig, wodurch das "mildere Mittel" nur zu einer weiteren Eskalation  
30 führt. Daher fordern wir:

31 • Gezielte Abrüstungspolitik: Pfefferspray, Taser, Maschinenpistolen u.a. lösen  
32 keine Probleme, sie schaffen welche!

33 • Die Arbeit in multiprofessionellen Teams: Sozialarbeiter\*innen,  
34 Psycholog\*innen u.a. können in vielen Situationen weitaus besser interagieren  
35 und zur Deeskalation beitragen!

36 • Eine regelmäßige Evaluation der Einsatzmittel: Ohne Datengrundlage keine  
37 Aussage über die Wirksamkeit eingesetzter Mittel. Klar ist auch, dass diese  
38 Evaluationen in der Folge auch Konsequenzen haben müssen.

## 39 **Wer kontrolliert hier wen? Unabhängige Kontrolle ausbauen!**

40 Polizeigewalt kennt viele Facetten und wird ganz wesentlich durch fehlende  
41 unabhängige Kontrollmechanismen begünstigt. Aufgrund nicht bzw. kaum existenter  
42 Beschwerdestellen müssen Opfer häufig mit den entstandenen Schmerzen und  
43 Traumata weiterleben, ohne dass die erlebten Handlungen folgen haben.  
44 Polizeigewalt, die insbesondere migrantisierte Menschen trifft, darf nicht  
45 weiter folgenlos bleiben. Zur wirksamen Bekämpfung fordern wir daher:

46 • Die konsequente Verfolgung von Polizeigewalt und rechten Netzwerken: Die  
47 Entstehung und Verbreitung menschenverachtenden Gedankenguts darf nicht länger  
48 mit der Einzelfall-Ausrede hingenommen werden.

49 • Eine unabhängige Ermittlungsstelle zur Verfolgung jedweden Fehlverhaltens: Nur  
50 mit umfassenden Ermittlungsbefugnissen einer unabhängigen Stelle kann Hinweisen  
51 unbefangenen nachgegangen werden. Hier muss sich auch der Bund bewegen und die  
52 Strafprozessordnung entsprechend anpassen. Der Druck dazu muss auch von der  
53 Landesregierung in NRW kommen!

54 • Bis zur Anpassung der Bundesgesetzgebung müssen Staatsanwaltschaft und

55 Polizeipräsidium mit größtmöglicher räumlicher und personeller Distanz zur  
56 betreffenden Polizeidienststelle Ermittlungen führen. Dabei muss der Grundsatz  
57 der zufallsbedingten Verteilung ohne Ausnahme gelten!

58 • Gleichzeitige Stärkung der parlamentarischen Kontrollen und Unterstützung bei  
59 der Schaffung kommunaler Antidiskriminierungsstellen

60 • Kritische Polizeiforschung und Datenanalyse: Nur mit systematischer  
61 wissenschaftlicher Grundlage können Instrumente gegen Rassismus und rechte  
62 Netzwerke innerhalb der Polizei sinnvoll eingesetzt werden.

### 63 **Wenn die Polizei kommt, ist es schon zu spät**

64 Je mehr sich der politische Fokus dahingehend verschiebt, die Polizei als  
65 alleinige Problemlöserin zu sehen, desto weniger werden etwaige Gründe für  
66 vermeintliches Fehlverhalten in den Blick genommen. Zu häufig werden Menschen  
67 kriminalisiert, die unter gegenwärtigen gesellschaftlichen Realitäten leiden und  
68 denen gezielte sozialpolitische Maßnahmen weitaus besser helfen würden, als eine  
69 entgegengestreckte Waffe. Eine wirksame Bekämpfung von Armut muss daher für uns  
70 immer oberste Priorität haben. Denn viele Straftaten werden nur begangen, weil  
71 sich Menschen den Lebensunterhalt anders nicht leisten können. Dieses Problem  
72 müssen wir systemisch angehen. Wir fordern:

73 • Armut darf nicht länger kriminalisiert werden: Straffreiheit für Fahren ohne  
74 Ticket und vergleichbare Bagatelldelikte

75 • Mehr Geld für Stadtteilarbeit: Streetworker\*innen können mit ihrer Arbeit vor  
76 Ort weitaus mehr erreichen als ein Streifenwagen, der durch die Straße fährt.

77 • Umwidmung von Polizeigeldern für die gezielte Anstellung von  
78 Sozialarbeiter\*innen und Förderung kommunaler Antidiskriminierungsprojekte

79 Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der sich niemand aufgrund des eigenen  
80 Namens oder des Aussehens fürchten muss. Außerdem haben alle Menschen die Hilfe  
81 verdient, die sie benötigen. Die Polizei zeigt zu häufig, dass sie nicht „Freund  
82 und Helfer“ ist, sondern mit der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Ordnung und  
83 Machtverhältnisse betraut ist.

84 Als GRÜNE JUGEND NRW benennen wir den dringenden Handlungsbedarf klar. Wir  
85 kämpfen gegen rassistische Strukturen und für bessere Lebensverhältnisse, die  
86 alle Menschen mitdenken. Mit nichts weniger werden wir uns zufriedengeben!

## **Begründung**

erfolgt mündlich

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 31.10.2022)

**Titel:** Sicherheit für alle

## Antragstext

1 Es ist Montagnachmittag am 8. August 2022. Ein minderjähriger Jugendlicher sitzt  
2 mit Suizidabsichten im Innenhof seiner Wohngruppe. Nachdem Betreuer\*innen ihn  
3 nicht beruhigen konnten, handelten sie nach ihren Anweisungen: Sie rufen die  
4 Polizei. Die Dortmunder Beamt\*innen kommen zu zwölf, ihre primären Werkzeuge  
5 sind Pfefferspray und Taser, auch die Schusswaffe kommt zum Einsatz, obwohl der  
6 Jugendliche in erster Linie nur sich selbst gefährdet hat. Nach drei Minuten ist  
7 alles vorbei, und ein Jugendlicher wurde von der Polizei erschossen. Die  
8 Ermittlungsarbeiten ergeben, dass wahrscheinlich absolut unverhältnismäßig  
9 gehandelt wurde.

10 Klar ist, dass das kein Einzelfall war. Immer wieder sehen wir, dass gerade  
11 migrantisierte Menschen und Personen in psychischen Ausnahmesituationen von der  
12 Polizei oft keine Hilfe erwarten können. Die Frage nach dem "Warum?" solcher  
13 Taten lässt sich zurückführen auf zwei wesentliche Erkenntnisse, denen dringend  
14 politisch organisatorische Maßnahmen folgen müssen:

15 Wir müssen zum einen erkennen, dass Polizeibeamt\*innen bei psychischen  
16 Ausnahmesituationen und Notlagen nicht die richtigen Ansprechpartner\*innen sein  
17 können. Außerdem müssen wir feststellen, dass die Polizei in NRW ein Problem mit  
18 Rassismus und extrem rechten Tendenzen in den eigenen Reihen hat.

19 Die Landesregierung und das CDU-Innenministerium sind gefordert, die notwendigen  
20 Schritte zur Bekämpfung längst bekannter und bedrohlicher Fehlentwicklungen in  
21 ihrer Behörde jetzt zu gehen, damit sich der Fall Dortmund, genauso wie die  
22 Fälle Recklinghausen, Frankfurt, Köln und viele mehr, nicht wiederholen!

## 23 **Aufklärung statt Aufrüstung**

24 Über Jahre hinweg wurde die Polizei aufrüstet. Seit Mitte 2018 gehören zwei  
25 Maschinenpistolen mit zur Grundausrüstung eines Funkstreifenwagens. Der Gebrauch  
26 von Tasern wurde sukzessive erweitert, die Auswertung der Testphase findet erst  
27 2024 statt. Befürworter argumentieren, es reiche die Drohung, jene Waffen  
28 einzusetzen, um mehr Sicherheit zu gewährleisten. Das Gegenteil beweist sich  
29 allzu häufig, wodurch das "mildere Mittel" nur zu einer weiteren Eskalation  
30 führt.

31 Außerdem ist die Gefahr der Todesfolge bei einer Taser-Nutzung hoch, z.B. bei  
32 Menschen mit Herzerkrankungen, anderen Vorerkrankungen oder in psychischen  
33 Ausnahmesituationen. Daher fordern wir:

- 34 • Gezielte Abrüstungspolitik: Pfefferspray, Taser, Maschinenpistolen u.a. lösen  
35 keine Probleme, sie schaffen welche!
- 36 • Sofortiges Ende des Pilotprojekts zum Tasereinsatz,
- 37 • Die Arbeit in multiprofessionellen Teams: Sozialarbeiter\*innen,  
38 Psycholog\*innen u.a. können in vielen Situationen weitaus besser interagieren  
39 und zur Deeskalation beitragen!
- 40 • Eine regelmäßige Evaluation der Einsatzmittel: Ohne Datengrundlage keine  
41 Aussage über die Wirksamkeit eingesetzter Mittel. Klar ist auch, dass diese  
42 Evaluationen in der Folge auch Konsequenzen haben müssen.

## 43 **Wer kontrolliert hier wen? Unabhängige Kontrolle ausbauen!**

44 Polizeigewalt kennt viele Facetten und wird ganz wesentlich durch fehlende  
45 unabhängige Kontrollmechanismen begünstigt. Aufgrund nicht bzw. kaum existenter  
46 Beschwerdestellen müssen Opfer häufig mit den entstandenen Schmerzen und  
47 Traumata weiterleben, ohne dass die erlebten Handlungen folgen haben.  
48 Polizeigewalt, die insbesondere migrantisierte Menschen trifft, darf nicht  
49 weiter folgenlos bleiben. Zur wirksamen Bekämpfung fordern wir daher:

- 50 • Die konsequente Verfolgung von Polizeigewalt und rechten Netzwerken: Die  
51 Entstehung und Verbreitung menschenverachtenden Gedankenguts darf nicht länger  
52 mit der Einzelfall-Ausrede hingenommen werden.
- 53 • Eine unabhängige Ermittlungsstelle zur Verfolgung jedweden Fehlverhaltens: Nur

54 mit umfassenden Ermittlungsbefugnissen einer unabhängigen Stelle kann Hinweisen  
55 unbefangen nachgegangen werden. Hier muss sich auch der Bund bewegen und die  
56 Strafprozessordnung entsprechend anpassen. Der Druck dazu muss auch von der  
57 Landesregierung in NRW kommen!

58 • Bis zur Anpassung der Bundesgesetzgebung müssen Staatsanwaltschaft und  
59 Polizeipräsidium mit größtmöglicher räumlicher und personeller Distanz zur  
60 betreffenden Polizeidienststelle Ermittlungen führen. Dabei muss der Grundsatz  
61 der zufallsbedingten Verteilung ohne Ausnahme gelten!

62 • Gleichzeitige Stärkung der parlamentarischen Kontrollen und Unterstützung bei  
63 der Schaffung kommunaler Antidiskriminierungsstellen

64 • Kritische Polizeiforschung und Datenanalyse: Nur mit systematischer  
65 wissenschaftlicher Grundlage können Instrumente gegen Rassismus und rechte  
66 Netzwerke innerhalb der Polizei sinnvoll eingesetzt werden. Dazu gehören vor  
67 allem Studien zu Rassismus und anderen Diskriminierungsformen mit  
68 intersektionalen Ansatz.

## 69 **Wenn die Polizei kommt, ist es schon zu spät**

70 Je mehr sich der politische Fokus dahingehend verschiebt, die Polizei als  
71 alleinige Problemlöserin zu sehen, desto weniger werden etwaige Gründe für  
72 vermeintliches Fehlverhalten in den Blick genommen. Zu häufig werden Menschen  
73 kriminalisiert, die unter gegenwärtigen gesellschaftlichen Realitäten leiden und  
74 denen gezielte sozialpolitische Maßnahmen weitaus besser helfen würden, als eine  
75 entgegengestreckte Waffe. Eine wirksame Bekämpfung von Armut muss daher für uns  
76 immer oberste Priorität haben. Denn viele Straftaten werden nur begangen, weil  
77 sich Menschen den Lebensunterhalt anders nicht leisten können. Dieses Problem  
78 müssen wir systemisch angehen. Wir fordern:

79 • Armut darf nicht länger kriminalisiert werden: Straffreiheit für Fahren ohne  
80 Ticket und vergleichbare Bagatelldelikte

81 • Mehr Geld für Stadtteilarbeit: Streetworker\*innen können mit ihrer Arbeit vor  
82 Ort weitaus mehr erreichen als ein Streifenwagen, der durch die Straße fährt.

83 • Umwidmung von Polizeigeldern für die gezielte Anstellung von  
84 Sozialarbeiter\*innen und Förderung kommunaler Antidiskriminierungsprojekte

85 Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der sich niemand aufgrund des eigenen

86 Namens oder des Aussehens fürchten muss. Außerdem haben alle Menschen die Hilfe  
87 verdient, die sie benötigen. Die Polizei zeigt zu häufig, dass sie nicht „Freund  
88 und Helfer“ ist, sondern mit der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Ordnung und  
89 Machtverhältnisse betraut ist.

90 Als GRÜNE JUGEND NRW benennen wir den dringenden Handlungsbedarf klar. Wir  
91 kämpfen gegen rassistische Strukturen und für bessere Lebensverhältnisse, die  
92 alle Menschen mitdenken. Mit nichts weniger werden wir uns zufriedengeben!

## **Begründung**

erfolgt mündlich

V2

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Landesvorstand (dort beschlossen am: 18.10.2022)

**Titel:** Lützerath bleibt - wir kämpfen für 1,5 Grad!

## Antragstext

1 In einer gemeinsamen Pressekonferenz am 04.10.22 haben Bundeswirtschaftsminister  
2 Robert Habeck, NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur und der  
3 Vorstandsvorsitzende von RWE, Markus Krebber angekündigt, den Kohleausstieg für  
4 die Braunkohle im Westen auf 2030 vorzuziehen. Daneben sah die Vereinbarung aber  
5 unter anderem auch vor, das Dorf Lützerath am Tagebau Garzweiler II räumen zu  
6 lassen und die Kohle unter dem Dorf zu verfeuern.

7 Es ist gut, dass wir dem Kohleausstieg 2030 einen Schritt näher gekommen sind.  
8 Dabei gilt die Vereinbarung, die jetzt getroffen wurde, nur für Westdeutschland.  
9 Dieser wurde lange von der Klimabewegung erkämpft und ist eine wichtige  
10 Voraussetzung, um unsere Klimaziele einhalten zu können. **Wir kämpfen weiter**  
11 **dafür, dass ein rechtsverbindlicher Kohleausstieg bis spätestens 2030 in ganz**  
12 **Deutschland gilt.**

13 Die Entscheidung Lützerath abzubauen, ist klimapolitisch fatal,  
14 energiewirtschaftlich fragwürdig und zerstört den sozialen Frieden in der  
15 Region. Lützerath ist in den letzten Jahren zu einem Begegnungsort für viele  
16 geworden, an dem mittlerweile auch wieder Menschen leben.

17 Bis 2030 sollen noch 290 Millionen Tonnen Kohle in NRW abgebaut werden, was  
18 umgerechnet rund 290 Millionen Tonnen CO2 entspricht. Dadurch würden wir das für  
19 den Kohlektor errechnete CO2-Budget um ein Vielfaches übersteigen und über die  
20 hohe Gesamtfördermenge unsere Klimaziele gemäß des Pariser Abkommens verfehlen.  
21 Inmitten der weltweit wütenden Klimakrise weiterhin auf Stromerzeugung durch  
22 Braunkohle zu setzen ist klima- und energiepolitisch falsch. Warum die Gutachten  
23 die klimapolitischen Folgen der Entscheidung nicht mitbedacht und maßgeblich

24 Zahlen von RWE verwendet haben, erschließt sich uns nicht. Für uns ist klar:  
25 **Wenn wir das 1,5 Grad Ziel einhalten wollen, muss die Kohle unter der Erde und**  
26 **Lützerath erhalten bleiben.**

27 Als GRÜNE JUGEND NRW stehen wir an der Seite der vielfältigen Bewegung für den  
28 Erhalt von Lützerath. Wie bereits in der Vergangenheit, werden wir uns auch  
29 diesen Herbst und Winter den Protesten der Klimabewegung anschließen und für das  
30 Klima und die Menschen vor Ort streiten.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 31.10.2022)

**Titel:** Lützerath bleibt - wir kämpfen für 1,5 Grad!

## Antragstext

1 In einer gemeinsamen Pressekonferenz am 04.10.22 haben Bundeswirtschaftsminister  
2 Robert Habeck, NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur und der  
3 Vorstandsvorsitzende von RWE, Markus Krebber angekündigt, den Kohleausstieg für  
4 die Braunkohle im Westen auf 2030 vorzuziehen. Daneben sah die Vereinbarung aber  
5 unter anderem auch vor, das Dorf Lützerath am Tagebau Garzweiler II räumen zu  
6 lassen und die Kohle unter dem Dorf zu verfeuern.

7 Letzteres ist insbesondere notwendig aufgrund einer ebenfalls vereinbarten  
8 Verlängerung des Betriebs mehrerer Kraftwerksblöcke, welche schon abgeschaltet  
9 waren oder Ende des Jahres abgeschaltet werden sollten.

10 Es ist gut, dass wir dem Kohleausstieg 2030 einen Schritt näher gekommen sind.  
11 Dabei gilt die Vereinbarung, die jetzt getroffen wurde, nur für Westdeutschland.  
12 Dieser wurde lange von der Klimabewegung erkämpft und ist eine wichtige  
13 Voraussetzung, um unsere Klimaziele einhalten zu können. **Wir kämpfen weiter**  
14 **dafür, dass ein frühest möglicher, rechtsverbindlicher Kohleausstieg bis**  
15 **spätestens 2030 in ganz Deutschland gilt.**

16 Trotzdem ist die Vereinbarung klimapolitisch fatal, energiewirtschaftlich  
17 fragwürdig und zerstört den sozialen Frieden in der Region. Dies wird besonders  
18 deutlich darin, dass Lützerath abgebaggert werden soll. Das Dorf ist in den  
19 letzten Jahren zu einem Begegnungsort für viele geworden, an dem mittlerweile  
20 auch wieder Menschen leben.

21 Aufgrund der Verlängerung der Neurather Kraftwerksblöcke werden kurzfristig  
22 größere Kohlemengen als bisher geplant verbrannt. Bis 2030 sollen so insgesamt  
23 noch 290 Millionen Tonnen Kohle in NRW abgebaggert werden, was umgerechnet rund  
24 290 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> entspricht. Dadurch würden wir das für den Kohlektor  
25 errechnete CO<sub>2</sub>-Budget zur Einhaltung der 1,5°C-Grenze um ein Vielfaches  
26 übersteigen und über die hohe Gesamtfördermenge unsere Klimaziele gemäß des  
27 Pariser Abkommens verfehlen. Inmitten der weltweit wütenden Klimakrise weiterhin  
28 auf Stromerzeugung durch Braunkohle zu setzen ist klima- und energiepolitisch  
29 falsch.

30 Warum die Gutachten die klimapolitischen Folgen der Vereinbarung nicht  
31 berücksichtigen, ausschließlich ein von RWE entwickeltes Szenario der  
32 Halbinsellage von Lützerath betrachtet und maßgeblich Zahlen von RWE verwendet  
33 haben, erschließt sich uns nicht.

34 Zur Entschärfung der Energiekrise braucht es statt einer mittelfristigen  
35 Verlängerung der Kohlekraft einen ambitionierten, kurzfristigen Ausbau der  
36 Erneuerbaren. Außerdem braucht es die Hebung weiterer Einsparpotentiale bei den  
37 Reichsten und in der Industrie, das darf nicht auf Kosten der Arbeiter\*innen  
38 geschehen. Jede Tonne CO<sub>2</sub>, welche in der Energiekrise zusätzlich ausgestoßen  
39 wird, muss durch noch ambitionierteren Klimaschutz in den nächsten Jahren wieder  
40 eingespart werden. Damit ist für uns klar: **Wenn wir die 1,5 Grad Grenze**  
41 **einhalten wollen, muss die Kohle unter der Erde und Lützerath erhalten bleiben.**

42 Als GRÜNE JUGEND NRW stehen wir an der Seite der vielfältigen Bewegung für den  
43 Erhalt von Lützerath. Wie bereits in der Vergangenheit, werden wir uns auch  
44 diesen Herbst und Winter den Protesten der Klimabewegung anschließen und für das  
45 Klima und die Menschen vor Ort streiten.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Ole Schillmüller

**Titel:** Kitas in der Krise

## Antragstext

1 In Kindertagesstätten wird der Grundstein für Bildung gelegt. Gebeutel durch  
2 die Corona-Pandemie, ständige Unterfinanzierung, zu wenig Engagement für  
3 nachhaltige Entwicklung und Sicherung, um einen sozial gerechten Einstieg in das  
4 Bildungssystem zu gewährleisten. Wir haben eine ganzheitliche Bildungskrise, die  
5 sich von Anfang an bemerkbar macht. Sei es zu wenig Personal in  
6 Kindertagesstätten, veraltete Gebäude bis hin zum Essen in der Kita - es braucht  
7 eine moderne und feministische Sicht auf das Thema "Frühkindliche Bildung". Es  
8 zahlt sich nachhaltig aus, mehr in die Jüngsten unserer Gesellschaft zu  
9 investieren.

10 Aktuell sieht das leider anders aus. Es herrscht extremer Personalmangel, egal  
11 wohin man schaut. Bestehende Personalien sind überlastet und können ihren  
12 eigentlichen Aufgaben kaum mehr gerecht werden. Damit reihen sich Berufe in der  
13 Kindertagesstätte in die Reihe der Care-Berufe ein, die zu wenig Geld und  
14 Personal haben. Der Fehler liegt hier ganz klar im System. Unsere  
15 Kindertagesstätten sind selten modern ausgestattet. Der Abbau von Barrieren ist  
16 für viele Kitas ein nicht zu erreichendes Ziel, da es an staatlicher  
17 Unterstützung fehlt. Statt allen Erziehungsberufen endlich den Stellenwert in  
18 unserer Gesellschaft zu geben, den sie verdienen, wird weiterhin einfach nur  
19 zugesehen und möglichst wenig für eine grundlegende Verbesserung getan. Das  
20 Personal in diesen Bildungseinrichtungen ist unterbezahlt, was durch die  
21 aktuelle Inflation und Energiekrise noch deutlicher zu Tage tritt. Der Fokus von  
22 Kitas soll auf der Bildung und Erziehung liegen, genauso aber darauf, die  
23 Bedürfnisse der Kinder in den Vordergrund zu stellen und einen Beitrag zu einer  
24 erfüllten Kindheit zu leisten!

25 Kitas unterstützen!

26 Erzieher\*innen leisten einen der wichtigsten Beiträge für unsere Gesellschaft.  
27 Deshalb verdienen sie unserer Meinung nach mehr Anerkennung. Dies spiegelt sich  
28 nicht nur in der sozialen Stellung des Berufsstandes wider, sondern auch im  
29 Gehalt. Ebenso braucht es mehr qualifiziertes Personal. Damit jedes Kind einen  
30 Kitaplatz in der Nähe bekommt, fordern wir als Grüne Jugend NRW einen  
31 quantitativen Ausbau von Kitas. Deswegen muss die Anzahl an Kita-Plätzen massiv  
32 gesteigert werden. Das Ziel soll sein, dass mindestens eine Kita im Umkreis von  
33 30 Minuten vom Wohnort auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden  
34 kann. Des Weiteren müssen wir die Art und Weise der Ausbildung von  
35 Erzieher\*innen überdenken. Um das Versprechen einer Bildung und Teilhabe für  
36 alle, dürfen wir die Barrierearmut von Kitas nicht aus dem Blick verlieren und  
37 zu den baulichen Maßnahmen auch speziell geschultes Personal zur  
38 Grundausrüstung jeder Kita machen. Daher fordern wir:

- 39 • **Anpassung der Gehälter** nach den Forderungen von Ver.di (Tarifrunde 2022).
- 40 • Eine **bessere Bezahlung und Entlastung von Auszubildenden**.
- 41 • **Höhere Einstiegsgehälter** für alle Berufseinsteiger.
- 42 • Eine **Fachkräfteoffensive**, die ihren Namen verdient hat. Damit einhergehen  
43 soll eine deutliche Steigerung der Ausbildungsplätze.
- 44 • **Mehr männlich gelesenes Personal** - Erziehung ist eine  
45 gesamtgesellschaftliche Aufgabe.
- 46 • Ein **Recht auf Weiterbildung**, damit moderne und qualitativ hochwertige  
47 Bildung dauerhaft gewährleistet ist.
- 48 • **Einfachere Anerkennung** von Qualifikationen und Berufserfahrung.
- 49 • Eine **Ausbauoffensive und zusätzlich geschultes Personal**, welches auch die

50           Barrierefreiheit von Kitas mit einbezieht.

51   Kitas zu besseren Orten für alle machen!

52   Neben den Personalfragen und baulichen Maßnahmen wollen wir das Leben und Lernen  
53   in unseren Kitas verbessern. Viele Menschen mit Kindern sind auch berufstätig.  
54   Dabei ist es eher selten der Fall, dass sie frei über ihre Arbeitszeiten  
55   bestimmen können. Dadurch wird es für viele schwierig, ihre Arbeitszeiten mit  
56   den Öffnungszeiten von Kitas in Einklang zu bringen. Kitagebühren und  
57   Essensgelder lassen die Kita und damit frühkindliche Bildung zu einer  
58   zusätzlichen Mehrbelastung werden. Dies hat nichts mit echter sozialer  
59   Gerechtigkeit zu tun! Bewegungsangebote, wie Wassergewöhnung und  
60   Schwimmtraining, sowie Sprachförderungen sollten für die Kinder ausgeweitet  
61   werden, um allen die beste Bildung zu Gute kommen zu lassen. Kooperationen mit  
62   umliegenden Sportvereinen sind hier eine Möglichkeit, dies umzusetzen. Die  
63   strikte Kopplung von Alter und Einschulung ist zur Zeit gängige Praxis, jedoch  
64   ist die Entwicklung von Kindern höchst individuell. So kann es vorkommen, dass  
65   Kinder zu früh oder zu spät in die Schule kommen und sich somit nicht ihren  
66   Möglichkeiten nach entwickeln können.

67   Daher Fordern wir:

- 68           • **Kostenfreie Kindertagesstätte** für alle - Kinderbetreuung ist  
69           Grundversorgung!
  
- 70           • Konsequenter Ausbau der **Ganztagsbetreuung**
  
- 71           • **Regionales, kostenloses Essen** in allen Kitas.
  
- 72           • **Mehr Entscheidungsfreiheit** über den Zeitpunkt der Einschulung.
  
- 73           • **Kostenlose Bewegungsangebote**, wie zum Beispiel Wassergewöhnung und  
74           Schwimmtraining.
  
- 75           • **Sprachförderung** für nicht deutschsprachige Muttersprachler\*innen, sowie



# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 31.10.2022)

**Titel:** Kitas in der Krise

## Antragstext

1 In Kindertagesstätten wird der Grundstein für Bildung gelegt. Mehrbelastung in  
2 den Arbeitsabläufen durch die Corona-Pandemie, ständige Unterfinanzierung, zu  
3 wenig Engagement für nachhaltige Entwicklung und Sicherung stellen die  
4 Herausforderungen dar, mit denen sich Erziehende tagtäglich abfinden müssen. Wir  
5 haben eine ganzheitliche Bildungskrise, die sich von Anfang an bemerkbar macht.  
6 Beginnend beim Personalnotstand in Kindertagesstätten, weiter zu veralteten  
7 Gebäuden bis hin zum Essen in der Kita - es braucht eine moderne,  
8 queerfeministische und vielfältig repräsentative Sicht auf das Thema  
9 "frühkindliche Bildung". Es zahlt sich nachhaltig aus, mehr in die Jüngsten  
10 unserer Gesellschaft zu investieren.

11 Aktuell sieht das leider anders aus. Es herrscht extremer Personalmangel, egal  
12 wohin man schaut. Bestehende Personalien sind überlastet und können ihren  
13 eigentlichen Aufgaben kaum mehr gerecht werden. Damit reihen sich Berufe in der  
14 Kindertagesstätte in die Reihe der Care-Berufe ein, die zu wenig Geld und  
15 Personal haben. Der Fehler liegt hier ganz klar im System. Unsere  
16 Kindertagesstätten sind selten modern ausgestattet. Der Abbau von Barrieren ist  
17 für viele Kitas ein nicht zu erreichendes Ziel, da es an staatlicher  
18 Unterstützung fehlt. Statt allen Erziehungsberufen endlich den Stellenwert in  
19 unserer Gesellschaft zu geben, den sie verdienen, wird weiterhin einfach nur  
20 zugesehen und möglichst wenig für eine grundlegende Verbesserung getan. Das  
21 Personal in diesen Bildungseinrichtungen ist unterbezahlt, was durch die  
22 aktuelle Inflation und Energiekrise noch deutlicher zu Tage tritt. Der Fokus von  
23 Kitas soll auf der Bildung und Erziehung liegen, genauso aber darauf, die  
24 Bedürfnisse der Kinder in den Vordergrund zu stellen und einen Beitrag zu einer

25 erfüllten Kindheit zu leisten!

26 Kitas unterstützen & Kindertagespflege stärken!

27 Erzieher\*innen & Tagespflegepersonen leisten einen der wichtigsten Beiträge für  
28 unsere Gesellschaft. Deshalb verdienen sie unserer Meinung nach mehr  
29 Anerkennung. Dies spiegelt sich nicht nur in der sozialen Stellung des  
30 Berufsstandes wider, sondern auch im Gehalt. Ebenso braucht es mehr  
31 qualifiziertes Personal. Damit jedes Kind einen Kitaplatz in der Nähe bekommt,  
32 fordern wir als Grüne Jugend NRW einen massiven Ausbau von Kitas. Das Ziel soll  
33 sein, dass mindestens eine Kita im Umkreis von 30 Minuten vom Wohnort auch mit  
34 öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden kann. Des Weiteren müssen wir die  
35 Art und Weise der Ausbildung von Erzieher\*innen überdenken. Um das Versprechen  
36 einer Bildung und Teilhabe für alle, dürfen wir die Barrierearmut von Kitas  
37 nicht aus dem Blick verlieren und zu den baulichen Maßnahmen auch speziell  
38 geschultes Personal zur Grundausstattung jeder Kita machen. Während die Arbeit  
39 von Tagespflegepersonen schon heute oft fehlende Kita-Plätze kompensiert und die  
40 Einrichtung von Großpflegestellen in den Kommunen bereits zur gelebten Praxis  
41 wird, hinkt das Land bei der Finanzierung hinterher. Die Landeszuschüsse müssen  
42 in einem Maße steigen, in dem die Kosten eines Platzes in der Kindertagespflege  
43 sich für die Kommunen nicht weiter signifikant von denen für einen Kita-Platz  
44 unterscheidet. Daher fordern wir:

45 • **Anpassung der (Einstiegs-)Gehälter** nach den Forderungen von Ver.di  
46 (Tarifrunde 2022).

47 • Eine **bessere Bezahlung und Entlastung von Auszubildenden**.

48 • Eine **Fachkräfteoffensive**, die ihren Namen verdient hat. Damit einhergehen  
49 soll eine deutliche Steigerung der Ausbildungsplätze.

50 • **Mehr männlich gelesenes und INTA\* Personal** - Erziehung ist eine  
51 gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

52 • Ein **Recht auf Weiterbildung**, damit moderne und qualitativ hochwertige  
53 Bildung dauerhaft gewährleistet ist.

- 54 • **Einfachere Anerkennung** von Qualifikationen und Berufserfahrung.
- 55 • Eine **Ausbauoffensive und zusätzlich geschultes Personal**, welches auch die
- 56 **Barrierefreiheit** von Kitas mit einbezieht.

57 Kitas zu besseren Orten für alle machen!

58 Neben den Personalfragen und baulichen Maßnahmen wollen wir das Leben und Lernen  
59 in unseren Kitas verbessern. In Zeiten, in denen jede erziehende Person arbeiten  
60 muss, um ein ausreichendes Auskommen zu haben, führt dies zu Schwierigkeiten,  
61 die Arbeitszeiten mit den Betreuungszeiten von Kitas in Einklang zu bringen.  
62 Diese sind häufig sehr starr an das klassische Familienbild angepasst und nicht  
63 mehr zeitgemäß. Kitagebühren und Essensgelder lassen die Kita und damit  
64 frühkindliche Bildung zu einer zusätzlichen Mehrbelastung werden. Dies hat  
65 nichts mit echter sozialer Gerechtigkeit zu tun! Bewegungsangebote, wie  
66 Wassergewöhnung und Schwimmtraining, sowie Sprachförderungen sollten für die  
67 Kinder ausgeweitet werden, um gerade nach der Corona-Pandemie Räume für die  
68 grundmotorische und sprachliche Entwicklung zu schaffen. Kooperationen mit  
69 umliegenden Sportvereinen sind hier eine Möglichkeit, dies umzusetzen. Die  
70 strikte Kopplung von Alter und Einschulung ist zur Zeit gängige Praxis, jedoch  
71 ist die Entwicklung von Kindern höchst individuell. So kann es vorkommen, dass  
72 Kinder zu früh oder zu spät in die Schule kommen und sich somit nicht ihren  
73 Möglichkeiten nach entwickeln können. Außerdem müssen bereits in der  
74 frühkindlichen Arbeit die Grundlagen demokratischer Bildung vermittelt und  
75 altersgerechte eingeübt werden. Sowohl in den Kitas als auch über Jugendämter  
76 auf kommunaler Ebene gilt es Kinder stärker an Entscheidungen zu beteiligen und  
77 ihnen demokratische Prozesse kunstgerecht nahezubringen.

78  
79  
80  
81

82 Daher fordern wir:

- 83 • **Kostenfreie Kindertagesstätte** für alle - Kinderbetreuung ist
- 84 **Grundversorgung!**
- 85 • **Konsequenter Ausbau der Ganztagsbetreuung**

- 86 • **Regionales, kostenloses Essen** in allen Kitas.
  
- 87 • **Mehr Entscheidungsfreiheit** über den Zeitpunkt der Einschulung.
  
- 88 • **Kostenlose Bewegungsangebote**, wie zum Beispiel Wassergewöhnung und  
89 Schwimmtraining.
  
- 90 • **Sprachförderung** für nicht deutschsprachige Muttersprachler\*innen, sowie  
91 Förderung der Muttersprache.

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Lena Cornelissen, René Adiyaman, Maya Stiller, Koi Katha Blaeser, Janis Bonn, Louisa Albrecht, Henry Soltau, Elena Balke

**Titel:** Grüne Jugend NRW für alle

## Antragstext

1 Eine zukunftsfähige, eine solidarische Politik, eine Demokratie für alle muss  
2 auch alle Menschen mitnehmen. Diese Politik muss Menschen mit Behinderungen,  
3 chronischen und oder psychischen Erkrankungen und oder neurodivergente Menschen  
4 mitdenken, einbeziehen und ihnen Teilhabe ermöglichen.

5 Damit alle Mitglieder der Grünen Jugend NRW an der Gestaltung des Verbands und  
6 an Veranstaltungen teilhaben können, setzt die Grüne Jugend NRW folgende  
7 finanziell**kostenfreie** Maßnahmen um:

- 8 • Menschen verschiedener marginalisierter Gruppen, die nicht gleichzeitig  
9 Teil des Landesvorstandes sind, werden in die Planung von  
10 Landesmitgliederversammlungen (LMVen) und weiteren Veranstaltungen  
11 einbezogen, sodass ihre Bedürfnisse berücksichtigt werden.
- 12 • Allgemein bei Texten, Dokumenten, Kommunikation, Social Media,  
13 Veranstaltungen...
- 14 • Alle Texte und Dokumente werden zusätzlich in Einfacher Sprache, leicht  
15 auffindbar, zur Verfügung gestellt. Bestehende werden nach und nach in  
16 Einfache Sprache übersetzt.
- 17 • Abkürzungen, Fremdwörter oder Anglizismen werden erklärt bzw. vermieden.

- 18 • Auf Dauer-Großschreibung oder -Fettschreibung wird verzichtet, da es für  
19 Menschen, die Screenreader\*innen nutzen, nicht zugänglich ist.
  
- 20 • Alle visuell dargebotenen Informationen (Präsentation, Anträge usw.)  
21 werden bereits im Vorhinein zur Verfügung gestellt und oder während der  
22 Veranstaltung akustisch dargeboten. Dadurch werden Barrieren vermindert,  
23 zum Beispiel für Menschen mit geringer Konzentrationsspanne und oder  
24 Sehbehinderung.
  
- 25 • Alle Bilder bekommen Bildbeschreibungen, damit auch blinde und  
26 sehbehinderte Personen alle relevanten Informationen erhalten.
  
- 27 • In Bildbeschreibungen - oder ergänzend in Bildunterschriften - gehört  
28 auch, was durch das Bild ausgedrückt wird oder werden soll.
  
- 29 • Alle Videos bekommen Untertitel, damit auch Taube und hörbehinderte  
30 Personen alle relevanten Informationen erhalten.
  
- 31 • Alle Videos bekommen Videobeschreibungen. Die funktionieren so wie  
32 Bildbeschreibungen.
  
- 33 • Inhaltswarnungen werden konsequent gesetzt. Dazu gibt es eine  
34 niedrigschwellig zugängliche Liste mit möglicherweise triggernden Themen.  
35 Mitglieder können weitere Themen auf diese Liste setzen.
  
- 36 • Bei Reden, Workshops, Vorträgen, Diskussionsrunden, Veranstaltungen....
  
- 37 • Zeitgrenzen werden gesetzt und eingehalten. Zudem werden ausreichend  
38 Pausen gemacht, zum Beispiel alle 45 Minuten 5 Minuten Pause. Dies ist  
39 unter anderem für neurodivergente Personen und oder Menschen, die auf  
40 Assistenz angewiesen sind, relevant.
  
- 41 • Reden, Begründungen usw. werden, falls möglich im Vorhinein, schriftlich  
42 zur Verfügung gestellt.
  
- 43 • Es gibt Protokolle sowie ein mündliches und schriftliches Fazit am Ende  
44 oder im Nachgang. Außerdem werden Präsentationen und andere genutzte  
45 Medien zur Verfügung gestellt. Dies kann z.B. per E-Mail oder über die  
46 Grüne Wolke geschehen.
  
- 47 • Damit Lippenlesen und Zuhören - und dadurch Teilhabe - besser möglich

- 48 sind, sollte das Mundbild gut sichtbar sein und ein möglichst ruhiger  
49 Hintergrund gewählt werden.
- 50 • Bei Präsenz-Landesmitgliederversammlungen gibt es die Möglichkeit für  
51 behinderte, chronisch / psychisch kranke und oder neurodivergente  
52 Personen, bei der Anmeldung und Essensausgabe schneller dran zu kommen.  
53 Lange in der Schlange zu stehen/rw, kann körperlich, sensorisch und oder  
54 psychisch eine große Belastung sein (z.B. Reizüberflutung wegen Lautstärke  
55 / vieler Menschen).
  - 56 • Regelmäßig weist das Präsidium darauf hin, dass es okay ist, wenn Leute
  - 57 • zwischendurch eigene Pausen machen
  - 58 • oder einige Schritte gehen
  - 59 • entscheiden, ob und wo sie mit Konzentration dabei sind und wo nicht.
  - 60 • ....
  - 61 • Das ist z.B. für Menschen mit dem Restless Legs Syndrom, ADHS und oder  
62 Konzentrationsschwierigkeiten und oder für autistische Personen  
63 entlastend. Wir gehen heute meistens davon aus, dass allen Leuten von  
64 Anfang an klar ist, welche unausgesprochenen Verhaltensregeln und  
65 "Selbst"verständlichkeiten es gibt. Dabei vergessen wir Neu-Mitglieder -  
66 und auch gerade neurodivergente Menschen. Denn vielen neurodivergenten  
67 Personen fällt es generell schwer, unausgesprochene Regeln als solche zu  
68 erkennen.
  - 69 • Workshops, Vorträge, Diskussionsrunden und weitere Veranstaltungen haben  
70 detaillierte Beschreibungen. Auch werden Ansprechpersonen mit Kontaktdaten  
71 (bitte nicht nur Telefonnummern) angegeben, an die sich Personen bei  
72 weiteren Fragen wenden können.

## **Begründung**

Barrierefreiheit ist an allererster Stelle ein Menschenrecht. Damit ist es zunächst irrelevant, ob Maßnahmen der Barrierefreiheit etwas kosten oder nicht - sie sind ein Menschenrecht.

Viele viele Möglichkeiten, unseren Verband barrierefreier zu machen, kommen ganz ohne finanzielle Mittel

aus. Wir machen uns hier einmal die Arbeit, diese aufzuzeigen. Die Liste ist natürlich nicht vollständig.

Es sind auch Anregungen an alle Mitglieder, Vorstände und Gremien, Maßnahmen für mehr Barrierefreiheit auf den verschiedenen Ebenen umzusetzen. Ihr dürft das natürlich auch liebend gerne in Gruppen und Gremien außerhalb der Grünen Jugend mitnehmen.

Wir haben bereits unsere Unterstützung angeboten - das Angebot steht bis heute.

Zum Beispiel mit diesem Antrag. Oder bei der Planung von Landesmitgliederversammlungen bezüglich Barrierefreiheit. Die Kompetenzen sind in unserem Verband definitiv vorhanden!

Bitte unterstützt unseren Antrag, damit das Teilhaben an unserem Verband kein Privileg bleibt. Damit das Teilhaben, wie die meisten von Euch es kennen und erleben, nicht länger neurotypischen Personen ohne Behinderungen, ohne chronischen Erkrankungen, ohne psychischen Erkrankungen vorbehalten ist.

Natürlich beschränken auch neben Ableismus weitere Diskriminierungsformen wie Rassismus, Klassismus oder Antisemitismus bis heute die Teilhabe negativ betroffener Gruppen in unserem Verband. Auch hier gegen brauchen wir dringend Maßnahmen.

Und noch ein Paar **Details**:

Unsere Forderungen mögen sich erst mal nach deutlich mehr Arbeit für Referent\*innen anhören, die das ganze ja oft ohne Bezahlung machen.

Wir fordern aber vor allem, dass sowieso vorhandene Materialien - wie Präsentationen, Protokolle oder Arbeitsblätter - tatsächlich im Vor- und Nachhinein zur Verfügung stehen.

Gleichzeitig fällt auch hier (wie bei Bildbeschreibungen, Untertiteln & Co) eine gewisse Mehr-Arbeit an. Diese müssen wir auf genügend Menschen verteilen.

Wir bekommen oft gesagt, an welchen Stellen wir "mit voller Konzentration" dabei sein sollen. Aber eigentlich sollte es selbstverständlich sein, dass jede\*r selber entscheidet, welche Tagesordnungspunkte ihnen wichtig bzw. wichtiger sind.

**Erklärung:**

- marginalisierte Personen = am Rande der Gesellschaft lebende / an den Rand der Gesellschaft gedrängte Personen. "Marginalisiert" wird oft genauso wie "diskriminiert" verwendet.

- Anglizismus = englische Redewendungen oder Wortbildungen, die in eine andere Sprache (hier ins Deutsche) übernommen wurden
- /rw kennzeichnet Redewendungen bzw. genauer gesagt sprachliche Ausdrücke, die nicht wörtlich gemeint sind.
- Neurodivergent = ist das Gegenteil von "neurotypisch". Es geht um eine Einteilung für die "Funktionsweise" von Gehirnen. Bei neurodivergenten Personen entspricht die "Funktionsweise" nicht zu großen Teilen den gesellschaftlichen Erwartungen und Standards.
- beschreibt Personen, deren Denken und Fühlen von der gesellschaftlichen "Norm" (=neurotypisch) abweicht. Neurodivergenz ist ein Spektrum, das sehr unterschiedlich definiert wird. Autistische Menschen, Personen mit AD(H)S, Lese-Rechtschreib- oder Rechen-Schwäche fallen fast immer darunter. Je nach Definition auch hochbegabte, hochsensible Personen, Menschen mit chronischen psychischen Erkrankungen, Personen mit Lernschwierigkeiten, Menschen mit Synästhesie in das Spektrum. Das heißt: Nicht alle neurodivergenten Personen sind auch behindert (siehe hochbegabte Menschen, aber auch viele Menschen mit Lese-Rechtschreib-Schwäche....).

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Lena Cornelissen, René Adiyaman, Maya Stiller, Koi Katha Blaeser, Janis Bonn, Louisa Albrecht, Henry Soltau, Elena Balke

**Titel:** Rückzugsräume

## Antragstext

1 Damit alle Mitglieder der Grünen Jugend NRW an der Gestaltung des Verbands und  
2 an Veranstaltungen teilhaben können, bietet die Grüne Jugend NRW auf  
3 Landesmitgliederversammlungen adäquate und reizarme Rückzugsmöglichkeiten.

4 Als Minimum kann hierfür ein zusätzlicher, vollständig abgetrennter Raum (z.B.  
5 ein Schlafraum) genutzt werden. **Anforderungen an diesen Raum:**

- 6 • Der Raum wird ausschließlich als Rückzugsraum genutzt.
- 7 • Hier gibt es keine laute Musik und auch keine Gespräche (egal ob in  
8 Präsenz, online oder telefonisch).
- 9 • Sitz- und Liegemöglichkeiten sind vorhanden.
- 10 • Der Raum ist sauber.

11 Der Raum ist niedrighschwellig zugänglich und barrierefrei (erreichbar).

12 So wird regelmäßig allen Mitgliedern mitgeteilt, dass es diesen Raum gibt, wie  
13 er zu erreichen ist und wofür er da ist - am besten über Ausschilderung vor Ort,  
14 im Internet und durch das Präsidium.

## **Begründung**

Seit 2009 muss die UN Behindertenrechtskonvention in Deutschland umgesetzt werden. Barrierefreiheit ist ein allgemein gültiges Menschenrecht - unabhängig davon, wie viel sie kostet.

Wir betonen immer wieder, dass es auch finanziell kostenfreie Maßnahmen gibt. Zur Realität und zur Gesetzlage gehören aber auch die dazu, die finanzielle Mittel erfordern.

Landesmitgliederversammlungen sind für die meisten Menschen schön und stressig. Für manche Menschen nimmt der Stress aber ein sehr belastendes Maß an. Das ist zum Beispiel für viele neurodivergente Personen - wie autistische Personen oder Menschen mit ADHS - der Fall.

Einen Raum mit deutlich weniger Personen und geringer Geräuschbelastung zu haben, hilft oft schon. Manche gehen vielleicht lieber raus - nur da ist es gerade im Herbst / Winter schwer, sich körperlich auszuruhen (zu kalt, keine Sitz-/ Liegemöglichkeiten...). Außerdem ist Nach-Draußen-Gehen nicht für alle eine sichere Option, sondern kann im Gegenteil auch gefährlich sein. Eine Person, die überreizt oder überfordert ist, kann eine eingeschränkte bzw. veränderte Wahrnehmung haben. Das kann gerade im Straßenverkehr & Co gefährlich werden.

Dem können wir mit einer einfachen Maßnahme entgegensteuern/rw: zusätzlichen Rückzugsräumen, die niederschwellig zugänglich sind und offen und mehrfach kommuniziert werden.

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Lena Cornelissen, René Adiyaman, Maya Stiller, Koi Katha Blaeser, Janis Bonn, Louisa Albrecht, Henry Soltau

**Titel:** Barrierefreiheit ist ein Menschenrecht - wir brauchen Schriftdolmetschung!

## Antragstext

1 Damit alle Mitglieder der Grünen Jugend NRW an der Gestaltung des Verbands und  
2 an Veranstaltungen teilhaben können, bietet die Grüne Jugend NRW auf  
3 Landesmitgliederversammlungen **Schriftdolmetschung** an.

4 Es gibt professionelle Schriftdolmetscher\*innen. Stattdessen oder ergänzend  
5 könnte auch ein Pool von Teilnehmenden gebildet werden, die sich abwechseln.

6 Es kann sich hierbei auch um eine Erweiterung des Protokolls handeln. Es ist  
7 fürs Erste nicht zwingend notwendig, dass Wort für Wort mitgeschrieben wird.

8 Die Schriftdolmetschung ist in einem barrierefreien Pad für alle verfolgbar und  
9 erfolgt zeitgleich / parallel.

10 Daran können die dolmetschenden Personen gemeinsam arbeiten, sich abwechseln und  
11 ergänzen.

## Begründung

Auch bei Schriftdolmetschung gilt: Seit 2009 muss die UN Behindertenrechtskonvention in Deutschland umgesetzt werden. Barrierefreiheit ist ein allgemein gültiges Menschenrecht - unabhängig davon, wie viel sie kostet.

An manchen Stellen ist sie mit (finanziellen) Kosten verbunden, an anderen Stellen mit Umdenken und Umorganisieren. Im Falle der Schriftdolmetschung kann beides zutreffen.

Sie kann von professionellen Schriftdolmetscher\*innen erfolgen oder durch Mitglieder, die sich dafür freiwillig melden. Auch könnte eine professionelle Schriftdolmetschung durch Mitglieder unterstützt werden. Denn wir sollten nicht unterschätzen, dass Schriftdolmetschung enorm viel Konzentration erfordert. Wenn zum Beispiel nur Geld für eine\*n professionelle\*n Schriftdolmetscher\*in da ist, dann ist die Unterstützung durch Mitglieder wichtig und eine gute Ergänzung.

Übrigens: Bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik der Grünen gibt es bereits Schriftdolmetschung. Sie gibt sicherlich gerne Hinweise oder Anregungen zur Umsetzung.

Von Schriftdolmetschung profitieren verschiedene Personengruppen:

- hörbehinderte und oder Taube Menschen
- neurodivergente Personen, z.B. solche mit ADHS und oder Konzentrationsschwierigkeiten
- Menschen, die öfters / längere Pausen machen und damit in der Regel größere Teile der Versammlung verpassen
- ...

Wie Ihr seht, gibt es hier verschiedene Möglichkeiten und viele Personen, die davon profitieren. Wir bitten Euch, diese Forderung zu unterstützen und unsere Grüne Jugend NRW barrierefreier zu machen.

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Maya Stiller, Koi Katha Blaeser, Lena Cornelissen, René Adiyaman, Janis Bonn, Louisa Albrecht, Henry Soltau

**Titel:** Anti-Diskriminierung und Arbeitsbedingungen in der Awareness-Arbeit

## Antragstext

1 Awareness ist politisch!

2 Auf der letzten Landesmitgliederversammlung haben wir einen Antrag beschlossen,  
3 der besagt, dass ein Awarenesspool eingeführt werden soll. Die Menschen, die in  
4 diesen Awarenesspool aufgenommen werden, sollen vorher eine **Schulung**  
5 durchlaufen. Wir fordern, dass die Ausbildung der Awareness Gruppe folgende  
6 Punkte beinhaltet:

7 Schulung und Sensibilisierung der Teilnehmenden zu verschiedenen  
8 Diskriminierungsformen, wie Ableismus, Rassismus, Klassismus, Antisemitismus,  
9 LGBTQIANP+Feindlichkeit oder Sexismus. Außerdem werden die Teilnehmenden mit den  
10 Konzepten der Intersektionalität, der Parteilichkeit und der Definitionsmacht  
11 vertraut gemacht. Außerdem soll die Schulung anregen, die eigenen Privilegien zu  
12 reflektieren und zu hinterfragen.

13 Personen der Awareness Gruppe müssen sich im Klaren darüber sein/rw, dass auch  
14 in "Safer Spaces" Diskriminierung erfolgt.

15 Ein weiterer Bestandteil der Schulung ist die Auseinandersetzung mit eigenen  
16 Grenzen. Dazu zählen belastende oder triggernde Themen sowie Belastbarkeit.

17 Denn Awareness muss sich bemühen, möglichst diskriminierungsarme Räume zu

18 schaffen.

19 Wir schreiben bewusst diskriminierungsarm und nicht diskriminierungsfrei, weil  
20 es im Kapitalismus, Patriarchat und Kolonialismus keine diskriminierungsfreien  
21 Räume geben kann. In diesen Systemen findet immer Diskriminierung statt.

## 22 **Arbeitsbedingungen:**

23 Alle Awareness Personen werden nach Themen gefragt, für die sie nicht zuständig  
24 sein wollen oder können - z.B. weil sie dadurch getriggert werden oder keine  
25 Expertise in dem Bereich haben.

26 Arbeits- und Ruhezeiten sind festgeschrieben. Einfach, weil mensch sich oft  
27 selbstüberschätzt oder zu Anfragen "Ja" sagt, obwohl die eigenen Grenzen bereits  
28 erreicht sind.

29 So eine Regelung sollte folgende Punkte enthalten:

- 30 • maximale Stundenanzahl pro 24 Stunden
- 31 • maximale Stundenanzahl am Stück
- 32 • maximale Stundenanzahl auf der gesamten Landesmitgliederversammlung

## **Begründung**

Awareness ist politisch!

Und Awareness muss sich bemühen, möglichst diskriminierungsarme Räume zu schaffen.

Denn heute sind auch sogenannte "Safer Spaces" oft genau das Gegenteil.

Eine Regelung zu den **Arbeitszeiten** könnte so aussehen:

Awareness Personen sollen höchstens 6 Stunden innerhalb von 24 Stunden im Dienst sein, und das nicht durchgängig. Während einer 2 1/2 tägigen Landesmitgliederversammlung dürfen es höchstens 12 Stunden sein.

Bezüglich der Arbeitszeiten gehen wir selbstverständlich davon aus, dass Vorlieben (z.B. ob lieber am Tag oder in der Nacht gearbeitet wird) berücksichtigt werden.

Und: Ja, auch Rufbereitschaft in der Nacht ist Arbeit. Viele schlafen schlechter. Selbst die, die gut schlafen, werden von Anrufen oder Nachrichten geweckt.

## **Erklärungen**

LGBTQIANP+ Feindlichkeit = Feindlichkeit gegenüber lesbischen, schwulen, bi\*, trans\*, Two-Spirit, queeren, questioning, inter\*, asexuellen, aromantischen, agender, nicht-binären, pan\*, poly\* und weiteren Personen

Klassismus = Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft, sozialen Klasse, Bildungsherkunft oder des Bildungsniveau

Ableismus = Diskriminierung wegen einer Behinderung, chronischen / psychischen Erkrankung und oder Neurodivergenz

Neurodivergent = beschreibt Personen, deren Denken und Fühlen von der gesellschaftlichen "Norm" (=neurotypisch) abweicht. Neurodivergenz ist ein Spektrum, das sehr unterschiedlich definiert wird. Autistische Menschen, Personen mit AD(H)S, Lese-Rechtschreib- oder Rechen-Schwäche fallen fast immer darunter. Je nach Definition auch hochbegabte, hochsensible Personen, Menschen mit chronischen psychischen Erkrankungen, Personen mit Lernschwierigkeiten, Menschen mit Synästhesie in das Spektrum. Das heißt: Nicht alle neurodivergenten Personen sind auch behindert (siehe hochbegabte Menschen, aber auch viele Menschen mit Lese-Rechtschreib-Schwäche....).

Intersektional = Verschränkung von Diskriminierung mitdenken - Mehrfach diskriminierte Personen erleben neben den einzelnen Diskriminierungsformen auch die Verschränkung der Diskriminierungsformen

Parteilichkeit = es gibt keine Neutralität - alle Menschen sind parteiisch und nicht objektiv.

Definitionsmacht = die Macht, zu definieren, dass etwas passiert ist bzw. was passiert ist

Safer Spaces = diskriminierungsärmere Räume. Oft Räume, in denen nur Angehörige einer diskriminierten Gruppe sind.

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 31.10.2022)

**Titel:** Anti-Diskriminierung und Arbeitsbedingungen in der Awareness-Arbeit

## Antragstext

1 Awarenessarbeit in der GRÜNEN JUGEND NRW Mit dem auf der letzten  
2 Landesmitgliederversammlung beschlossenen Antrag zur Einführung eines  
3 Awarenesspools haben wir als GRÜNE JUGEND NRW endlich eine feste Struktur für  
4 die Awarenessarbeit beschlossen! Seitdem ist viel passiert: Nach einer breit  
5 gestreuten, transparenten Ausschreibung hat sich ein großer, vielfältiger  
6 Awareness-Pool bereits zusammengefunden und ist das erste Mal auf dieser  
7 Landesmitgliederversammlung im Einsatz. Als immer weiter wachsender Verband, mit  
8 immer mehr jungen aktiven Mitgliedern stehen wir vor großen Herausforderungen.  
9 Denn in einem Jugendverband, wo wir gemeinsam für ein besseres Morgen kämpfen,  
10 kommt es zu Streit, es gibt Probleme und es erleben Menschen Diskriminierung.  
11 Das liegt schlichtweg daran, dass wir in keiner perfekten Utopie leben. Und  
12 genau hier wollen wir ansetzen, denn wir sind dafür verantwortlich, dass alle  
13 eine gute Zeit haben und sich wohlfühlen. Menschen, die Awarenessarbeit leisten,  
14 können mit einem Rückzugsraum, einem Tee und einem Gespräch eine gute erste  
15 Anlaufstelle bei akuten Problemen sein. Damit Awareness-Personen sich befähigt  
16 fühlen, sinnvolle Awarenessarbeit zu leisten und dabei ihre eigenen Grenzen  
17 nicht überschreiten, ist für dieses Verbandsjahr ein Workshop geplant. Denn als  
18 Verband sind wir in der Pflicht, auf der einen Seite eine gute Anlaufstelle für  
19 akute Probleme bereitzustellen, aber eben genauso die jeweiligen Grenzen der  
20 Menschen zu achten, die diese Anlaufstelle sind. Dafür sind die folgenden Punkte  
21 in der Schulung zentral:

- Awareness-Personen sind keine ausgebildeten Seelsorger\*innen oder

23 Psycholog\*innen und sind deshalb vor triggernden und überfordernden Erfahrungen  
24 soweit es möglich ist zu schützen

- 25 • Für psychologische Probleme und Probleme, die über die Veranstaltung  
26 hinausgehen, sind Awareness-Personen nicht zuständig. Dafür gibt es  
27 professionelle Anlaufstellen, wie Notdienste, Psycholog\*innen oder die  
28 Ombudspersonen der GRÜNEN NRW
  
- 29 • Awareness-Personen werden die Themenbereiche der Awarenessarbeit  
30 vermittelt, dazu gehören zum Beispiel Jugendschutz und verschiedene Formen  
31 der Diskriminierung
  
- 32 • Awareness-Personen werden darin ausgebildet, Grenzen zu ziehen und  
33 lernen, diese aktiv zu kommunizieren. Desweiteren lernen sie Privilegien  
34 zu erkennen und zu hinterfragen
  
- 35 • Für jede Person im Awareness-Pool sehen Grenzen anders aus und werden  
36 individuell ausgelotet. Das kann auch bedeuten, Themen auszuschließen.
  
- 37 • Die Menschen, die auf die Awareness-Personen zugehen, werden  
38 bestmöglich in ihrem Interesse unterstützt. Die jeweiligen,  
39 verschiedenen Betroffenheiten sowie die erlebte Grenzüberschreitung oder  
40 Diskriminierung werden von den Awareness-Personen anerkannt.
  
- 41 • Die Einsatzzeiten werden vorher gemeinsam festgelegt. Dafür wird mit einem  
42 Schichtsystem gearbeitet, welches auf die individuellen Wünsche der  
43 Menschen eingeht und ihre zeitlichen Grenzen berücksichtigt. Denn  
44 Awareness-Personen sind ehrenamtlich für den Verband im Einsatz und sollen  
45 genau wie alle anderen auch an der Versammlung und am Rahmenprogramm  
46 teilnehmen können.
  
- 47 • Es ist völlig normal, dass Awareness-Personen nicht bei jeder  
48 Veranstaltung im Einsatz sind, wie oft jede\*r als Awareness-Person  
49 eingesetzt werden möchte, wird individuell abgemacht. Denn auch an einer  
50 gesamten Versammlung ohne Awareness-Verantwortung teilnehmen zu können,  
51 ist wichtig.

- 52
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- Die GRÜNE JUGEND NRW ist ein Ort, an dem wir gemeinsam Politik machen, linke Visionen Wirklichkeit werden und wir als junge Menschen eine gute Zeit miteinander haben. Dafür ist Awareness-Arbeit ein zentraler Baustein. Deswegen ist eine umfassende Schulung für alle Menschen im Awareness-Pool unerlässlich und bringt uns als gesamten Verband einen großen Mehrwert. Denn es liegt an uns, dass alle Menschen sich in der GRÜNEN JUGEND NRW wohlfühlen.

## Begründung

Awareness ist politisch!

Und Awareness muss sich bemühen, möglichst diskriminierungsarme Räume zu schaffen.

Denn heute sind auch sogenannte "Safer Spaces" oft genau das Gegenteil.

Eine Regelung zu den **Arbeitszeiten** könnte so aussehen:

Awareness Personen sollen höchstens 6 Stunden innerhalb von 24 Stunden im Dienst sein, und das nicht durchgängig. Während einer 2 1/2 tägigen Landesmitgliederversammlung dürfen es höchstens 12 Stunden sein.

Bezüglich der Arbeitszeiten gehen wir selbstverständlich davon aus, dass Vorlieben (z.B. ob lieber am Tag oder in der Nacht gearbeitet wird) berücksichtigt werden.

Und: Ja, auch Rufbereitschaft in der Nacht ist Arbeit. Viele schlafen schlechter. Selbst die, die gut schlafen, werden von Anrufen oder Nachrichten geweckt.

## Erklärungen

LGBTQIANP+ Feindlichkeit = Feindlichkeit gegenüber lesbischen, schwulen, bi\*, trans\*, Two-Spirit, queeren, questioning, inter\*, asexuellen, aromantischen, agender, nicht-binären, pan\*, poly\* und weiteren Personen

Klassismus = Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft, sozialen Klasse, Bildungsherkunft oder des Bildungsniveau

Ableismus = Diskriminierung wegen einer Behinderung, chronischen / psychischen Erkrankung und oder Neurodivergenz

Neurodivergent = beschreibt Personen, deren Denken und Fühlen von der gesellschaftlichen "Norm" (=neurotypisch) abweicht. Neurodivergenz ist ein Spektrum, das sehr unterschiedlich definiert wird. Autistische Menschen, Personen mit AD(H)S, Lese-Rechtschreib- oder Rechen-Schwäche fallen fast immer darunter. Je nach Definition auch hochbegabte, hochsensible Personen, Menschen mit chronischen psychischen Erkrankungen, Personen mit Lernschwierigkeiten, Menschen mit Synästhesie in das Spektrum. Das heißt: Nicht alle neurodivergenten Personen sind auch behindert (siehe hochbegabte Menschen, aber auch viele Menschen mit Lese-Rechtschreib-Schwäche....).

Intersektional = Verschränkung von Diskriminierung mitdenken - Mehrfach diskriminierte Personen erleben neben den einzelnen Diskriminierungsformen auch die Verschränkung der Diskriminierungsformen

Parteilichkeit = es gibt keine Neutralität - alle Menschen sind parteiisch und nicht objektiv.

Definitionsmacht = die Macht, zu definieren, dass etwas passiert ist bzw. was passiert ist

Safer Spaces = diskriminierungsärmere Räume. Oft Räume, in denen nur Angehörige einer diskriminierten Gruppe sind.

# Verschiedene Anträge

**Initiator\*innen:** Lena Cornelissen, René Adiyaman, Maya Stiller, Koi Katha  
Blaeser, Janis Bonn, Louisa Albrecht, Henry Soltau,

**Titel:** Prüfantrag Barrierefreiheit

## Antragstext

1 Die Landesmitgliederversammlung beauftragt den Landesvorstand, zu folgenden  
2 Fragen Informationen zu sammeln und darüber **jährlich** bei den  
3 Landesmitgliederversammlungen Bericht zu erstatten.

4 1. Welche Maßnahmen zur Steigerung der Barrierefreiheit werden seit wann von dem  
5 Landesvorstand und der Landesgeschäftsstelle **umgesetzt**?

6 2. Welche Maßnahmen zur Steigerung der Barrierefreiheit werden aktuell vom  
7 Landesvorstand **geplant**? Wie ist der aktuelle Stand bei den jeweiligen Maßnahmen?

8 3. Inwieweit und seit wann werden die aktuell schon geltenden Beschlüsse für  
9 mehr Barrierefreiheit umgesetzt? Bis wann wird die Umsetzung der Beschlüsse  
10 voraussichtlich abgeschlossen sein?

11 4. Welche **Finanzierungsmöglichkeiten** für Maßnahmen der Barrierefreiheit (wie  
12 Übersetzung in Deutsche Gebärdensprache) wurden wann geprüft und ggf. bereits  
13 beantragt?

14 Das Ergebnis soll allen Mitgliedern transparent, barrierefrei und frei  
15 zugänglich zur Verfügung gestellt werden.

16 Unser Verständnis von Barrierefreiheit an dieser Stelle:  
17 Steigerung der Möglichkeiten zur Teilhabe von behinderten, chronisch / psychisch  
18 kranken, Tauben und oder neurodivergenten Personen (hier in der Grünen Jugend

19 NRW) .

20 Der Landesvorstand soll bei der Erfassung und Umsetzung von Barrierefreiheit auf  
21 die Expertise der Vernetzungsgruppe und des zu gründenden Arbeitskreises für  
22 Inklusion und gegen Ableismus zurückgreifen.

## **Begründung**

Seit 2020 werden zu jeder Landesmitgliederversammlung Anträge zum Thema Barrierefreiheit gestellt. Diese wurden meist abgelehnt, da sie zu weitreichend seien.

Wir möchten den aktuellen Stand der Barrierefreiheit und den Stand der Planung von Maßnahmen zu Barrierefreiheit innerhalb der Grünen Jugend NRW erfragen.

## **Beschlossene Anträge zum Thema Barrierefreiheit**

Es gibt genau drei beschlossene Anträge, die irgendetwas mit dem Thema Barrierefreiheit bei der Grünen Jugend NRW zu tun haben:

- Antrag zur Prüfung inklusiverer Gestaltung der LMV durch digitale Teilhabe (29. November 2020) <https://gj-nrw.de/blog/2020/11/29/antrag-zur-pruefung-inklusive-gestaltung-der-lmv-durch-digitale-teilhabe/>
- Verbandsarbeit ist für alle da! Wege hin zu einer offenen GJ NRW (29. September 2021) <https://gj-nrw.de/blog/2021/09/29/verbandarbeit-ist-fuer-alle-da-wege-hin-zu-einer-offenen-gj-nrw/>
- Awareness (03.04.2022) <https://gj-nrw.de/blog/2022/04/03/awareness/>

Und ja, wir sind sehr viele Anträge durchgegangen - bis zum Jahr 2014.

Daneben gab es sehr viele, die unsere Gruppe seit 2020 gestellt hat. Deren Inhalte sind unserem Landesvorstand und den Personen, die damals Mitglied waren, natürlich auch bekannt.

Wir verdeutlichen all das einmal am Beispiel des 2020 beschlossenen Antrags:

2020 wurde der Landesvorstand mit dem "Antrag zur Prüfung inklusiverer Gestaltung der LMV durch digitale Teilhabe" beauftragt, bis zur Herbst LMV (Landesmitgliederversammlung) 2021 ein erstes Konzept zu einer inklusiveren Grünen Jugend NRW vorzustellen. Weiterhin sollte dieses Konzept bis spätestens zur Herbst

LMV 2022 insoweit erweitert und umgesetzt werden, dass sämtliche Veranstaltungen barrierefrei umgesetzt werden.

Zusätzlich werden seitdem zu jeder LMV Anträge zum Thema Barrierefreiheit gestellt, die mit der Bemerkung versehen sind:

Der "Antrag zur Prüfung inklusiverer Gestaltung der LMV durch digitale Teilhabe" ist bereits Beschlusslage.

Wurde dieses Konzept erstellt und vorgestellt?? Wie wurde es erweitert und wie ist geplant, dieses, beginnend mit der Herbst LMV 2022, umzusetzen beziehungsweise wie wird es umgesetzt?

### **Erklärungen:**

**Neurodivergent** = ist das Gegenteil von "neurotypisch". Es geht um eine Einteilung für die "Funktionsweise" von Gehirnen. Bei neurodivergenten Personen entspricht die "Funktionsweise" nicht zu großen Teilen den gesellschaftlichen Erwartungen und Standards.

- beschreibt Personen, deren Denken und Fühlen von der gesellschaftlichen "Norm" (=neurotypisch) abweicht. Neurodivergenz ist ein Spektrum, das sehr unterschiedlich definiert wird. Autistische Menschen, Personen mit AD(H)S, Lese-Rechtschreib- oder Rechen-Schwäche fallen fast immer darunter. Je nach Definition auch hochbegabte, hochsensible Personen, Menschen mit chronischen psychischen Erkrankungen, Personen mit Lernschwierigkeiten, Menschen mit Synästhesie in das Spektrum. Das heißt: Nicht alle neurodivergenten Personen sind auch behindert (siehe hochbegabte Menschen, aber auch viele Menschen mit Lese-Rechtschreib-Schwäche....).